

„Wir tun, was wir können“

Finanzsenatorin Karoline Linnert zu dem Vorwurf, Bremen sei bei seinen Sparbemühungen nicht konsequent genug

Einmal mehr haben sich mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Wissenschaftler zu Wort gemeldet, die bezweifeln, dass Bremens Sparanstrengungen reichen (wir berichteten). Das RWI kam in einer Studie zu dem Urteil, dass 2011 nur in zwei von 16 Bundesländern konsequente Anstrengungen unternommen wurden, die Lücke zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben zu schließen. Bremen sei nicht dabei. Silke Hellwig sprach über dieses Fazit mit der grünen Finanzsenatorin Karoline Linnert.

Das RWI lobt die Sparanstrengungen der Länder Saarland und Sachsen. Bremen kommt in der Studie nicht so gut weg. Tut Bremen nicht genug?

Karoline Linnert: Wir halten alle Einsparungsbeschlüsse ein, die uns vom Bund, vom Stabilitätsrat, auferlegt worden sind. Und die sind beinhart. Obendrein werden wir in diesem Jahr 300 Millionen Euro weniger Schulden machen als geplant. Ist das nichts?

Das räumt auch das RWI ein. Aber es weist darauf hin, dass das an der guten wirtschaftlichen Entwicklung und Steuermehreinnahmen liegt. Davon profitieren alle Länder.

Das macht den Erfolg doch nicht kleiner. Wir verwenden in 2011 diese Steuermehreinnahmen komplett, um die Nettokreditaufnahme zu senken.

Selbst der Stabilitätsrat, der Bremens Sparfortschritte überwacht, hat darauf hingewiesen, dass in der bremischen Haushaltsplanung die Einnahme- und Ausgabeerwartungen sehr positiv ausgefallen sind. Wenn ich gemein wäre, würde ich das schönrechnen nennen.

Das weise ich zurück. Unsere Prognosen sind seriös. Sie basieren unter anderem auf der Bundessteuerschätzung. Wenn wir ganz pessimistisch planen und von niedrigen Steuereinnahmen, von höheren Tarifsteigerungen, höheren Sozialausgaben und höheren Zinsen ausgingen, wäre unser Problem doppelt so groß. Darauf gäbe es keine politischen Antworten mehr. Das kann man nicht wuppen.

Andere sehen das offenbar anders. Bayerns Finanzminister Markus Söder beispielsweise. Er hat unlängst sogar verlangt, dass hochverschuldete Bundesländer vom Bund wie Griechenland von der EU behandelt werden sollen: Ihnen sollten Strafen angedroht werden, für den Fall, dass sie ihre Haushalte nicht beherrschen. Das ist doch Quatsch. Wie sollen denn Länder, die hochverschuldet sind, auch noch Strafen zahlen? Je weiter man weg ist, desto leichter ist es immer, es besser zu wissen. Wir hier in Bremen können auch gut Kohlesubventionen im Ruhrgebiet kritisieren. Der Sanierungsweg, der uns auferlegt ist, ist knüppelhart. 1,2 Milliarden Euro Defizit kann man doch nicht innerhalb eines Jahres auf Null senken. Wir tun, was wir können, verlässlich, Schritt für Schritt.

Einerlei, wer sich über Bremens Art der Haushaltsführung wundert, ob Politiker von außerhalb oder Finanzexperten oder Journalisten: Die Kritik wird immer zurückgewiesen. Das war bei Ihren Vorgängern auch schon so.

Weil es nicht reicht, alte Vorurteile immer wieder aufzuwärmen. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Bremen unverschuldet in diese Haushaltsnotlage geraten ist. Unverschuldet! Bremen hat die sozialen Probleme aller Großstädte, wird bei der Finanzverteilung ungerecht behandelt und muss obendrein beispielsweise Steuersenkungen der Bundesregierung verkraften. Wir müssen anders als reichere Länder unter besonders widrigen Bedingungen wirtschaften.

Wie widrig sind Bedingungen, wenn das Ressort von Senator Lohse 500 000 Euro für einen Verkehrsentwicklungsplan ausgeben will?

Ich bin nicht die Oberkontrolleurin, und ich kommentiere die Haushalte meiner Kollegen nicht. Jedes Ressort bekommt ein Budget. Das muss eingehalten werden. Mehr Geld gibt es nicht. Darauf achte ich.

Ist Bremen nicht schon lange an dem Punkt, wo nur noch Geld für das Allernotwendigste da ist? Ist ein Verkehrsentwick-

lungsplan unbedingt notwendig?

Es war der ausdrückliche Wunsch der Abgeordneten, der Beiräte und der Kammern, einen Gesamtplan für die Verkehrsentwicklung zu erarbeiten. Senator Lohse hat den Auftrag bekommen und überlegt nun, wie er ihn umsetzen kann.

Sie würden also zusehen, wie Geld womöglich für Überflüssiges ausgegeben wird, solange das entsprechende Ressort sein Budget einhält?

Wenn uns etwas auffällt, dann sagen wir das dem Ressort auch, aber bestimmt nicht über die Zeitung.

750 000 Euro für die Botanika . . .

Das Finanzressort hat abgelehnt, dafür den Eckwert des Ressorts zu erhöhen. Wenn es innerhalb des Eckwerts finanziert wird, ist es Sache des Ressorts und der Fachdeputation.

Verstehen Sie nicht, dass das manchen Menschen nicht einleuchten will: Bremen hat unendliche Schulden, aber genug Geld für eine Radfahrer-Zählstele für 27 000 Euro?

In einem Vier-Milliarden Haushalt gibt es immer umstrittene Punkte. So kann man da einfach nicht rangehen.

Warum nicht?

Diese Regierung und dieses Parlament sind gewählt worden, um politisch zu gestalten. Wir legen beispielsweise einen Schwerpunkt auf den Ausbau von Kindergartenplätzen. Die Bremer haben ein Recht darauf.

Aber haben Sie ein Recht auf irgendwelche Extras, auf bessere Bedingungen als in anderen Städten – bei diesem Schuldenstand?

Wir müssen die Sparbeschlüsse einhalten. Das tun wir. Mit dem Geld, was uns danach zur Verfügung steht, finanzieren wir, was uns am wichtigsten ist. Das ist die Aufgabe von Politik. Wir können uns an einer Stelle

mehr leisten, wenn wir uns anderswo weniger leisten.

Das RWI hat prophezeit, dass die Eurokrise, der Umgang der anderen Euroländer mit Griechenland, den Druck auf hochverschuldete Länder wie Bremen erhöhen wird. Merken Sie davon schon was?

Ich würde mal sagen, dass der Druck schon groß genug ist. Die Sanierungszahlungen des Bundes sind davon abhängig, ob wir unsere Sparziele einhalten. Mein politisches Schicksal hängt davon ab, ob wir das hinkriegen. Das schaffen wir aber nur, wenn der Bund nicht durch Steuersenkungen und zusätzliche Aufgaben für Länder und Kommunen die Grundlagen verändert.

Was ist mit dem Druck der Kreditwirtschaft? In Nordrhein-Westfalen hat sich eine Bank geweigert, Städten mit einem Nothaushalt Kredite zu geben. Obwohl Kommunen nicht pleite gehen können und die Länder notfalls einspringen müssen.

Wir bekommen Geld, auch zu günstigen Konditionen. Aber falls eines Tages wie für Staaten und Banken auch Ratings für Länder und Städte eingeführt werden, könnten wir Schwierigkeiten bekommen.

Muss man solche Ratings befürchten?

Das kann sich keiner wünschen. Wir müssten noch mehr Geld für Zinsen ausgeben und noch mehr einsparen. Das ist doch auch das Problem, vor dem Europa mit Griechenland steht. Wenn sich die Länder in der Bundesrepublik so entsolidarisieren, wie es Europa mit Griechenland getan hat – dann werden hier politische Probleme von einer Dimension heraufbeschworen, die man sich lieber nicht vorstellen möchte.

Zur Person

Karoline Linnert ist seit Juni 2007 Bürgermeisterin und Senatorin für Finanzen. Sie wurde 1958 in Bielefeld geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sie ist seit 1979 Mitglied bei den Grünen.